



1	Abteilungsübergreifendes	1
1.1	Länderspezifische Empfehlungen	1
1.2	Grundrechte	2
1.3	Grundeinkommen.....	3
1.3	Mindesteinkommen	3
1.4	Demografie-Szenarien	3
1.5	Drogenbericht	4
1.6	Dienstleistungsrichtlinie (VVV)	4
1.7	Keine Entschädigung für Ex-Gesundheitskommissar	5
2	Zukunft Europas – Europäisches Parlament	5
2.1	Zusammenarbeit.....	5
2.2	Fraktionen	5
3	Arbeit	5
3.1	Jugendarbeitslosigkeit.....	5
3.2	Europäischer Globalisierungsfonds.....	6
4	Gesundheit	6
4.1	Grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung.....	6
4.2	Nichtübertragbare Krankheiten	7
5	Lexikon – Das Europäische Semester.....	7
6	Links	8

1 Abteilungsübergreifendes

1.1 Länderspezifische Empfehlungen

Die Europäische Kommission hat am 5. Juni 2019 ihre diesjährigen länderspezifischen Empfehlungen (LSE) i.R. des Europäischen Semesterzyklus (s. Lexikon) vorgelegt, in denen sie allen EU-Mitgliedstaaten Maßnahmen für die kommenden 12-18 Monate anrät.

Auch auf soziale - mittels des sozialen Scoreboards untermauerte - Aspekte hat die Kommission im Einklang mit den Prioritäten der Europäischen Säule sozialer Rechte besonderes Augenmerk gelegt. Die Kommission hat dies Jahr dem Investitionsbedarf spezielle Aufmerksamkeit gewidmet, um die Programmplanung der nächsten Generation von EU-Fonds vorzubereiten und die Abstimmung der nationalen Reform- und Investitionsprioritäten zu gewährleisten. Die LSE und die ihnen zugrundeliegende Analyse in den Länderberichten dienen auch als analytische Basis für die Programmplanung der Fonds ab 2021.

Deutschland wurden nur zwei umfangreiche Empfehlungen gegeben, die einen noch stärkeren Beschäftigungs- und Sozialbezug als in der Vergangenheit haben: Deutschland sollte die Fehlanreize, die einer Aufstockung der Arbeitszeit entgegenwirken, darunter auch die hohe Steuer- und Abgabenbelastung, insbesondere für Gering- und Zweitverdiener verringern; Maßnahmen einleiten, um die langfristige Tragfähigkeit des Rentensystems zu sichern und dabei gleichzeitig ein angemessenes Rentenniveau aufrechterhalten; die Voraussetzungen für die Förderung eines höheren Lohnwachstums stärken und dabei gleichzeitig die Rolle der Sozialpartner achten; die Bildungsergebnisse und das Kompetenzniveau benachteiligter Gruppen verbessern.



Es sollte außerdem unter Einhaltung des mittelfristigen Haushaltsziels die Haushalts- und Strukturpolitik nutzen, um bei den privaten und öffentlichen Investitionen vor allem auf regionaler und kommunaler Ebene einen anhaltenden Aufwärtstrend herbeiführen; den Schwerpunkt seiner investitionsbezogenen Wirtschaftspolitik unter Berücksichtigung regionaler Unterschiede auf Bildung, Forschung und Innovation, Digitalisierung und Breitbandnetze mit sehr hoher Kapazität; nachhaltigen Verkehr sowie auf Energienetze und bezahlbaren Wohnraum legen; den Faktor Arbeit steuerlich entlasten und die Besteuerung auf Quellen verlagern, die einem inklusiven und nachhaltigen Wachstum förderlicher sind; bei Unternehmensdienstleistungen und reglementierten Berufen den Wettbewerb verstärken.

16 EU-Staaten erhielten eine Empfehlung zum Gesundheitssektor.

Generell sollen alle Mitgliedstaaten die soziale Konvergenz im Sinne der europäischen Säule sozialer Rechte voranbringen und sich für einen gleichmäßigeren Abbau der Ungleichgewichte im Euro-Währungsgebiet einsetzen.

Seit das Europäische Semester 2011 eingeführt wurde, haben die Mitgliedstaaten laut Kommission bei der Umsetzung von mehr als zwei Dritteln der länderspezifischen Empfehlungen Fortschritte erzielt, v.a. in den Bereichen Finanzdienstleistungen und Beschäftigungspolitik. Bei den Empfehlungen zur Erweiterung der Steuerbemessungsgrundlage, zur Gesundheitsversorgung und zum Wettbewerb im Dienstleistungssektor ist die Kommission mit der Umsetzung unzufrieden.

Die Fachministerräte und die Staats- und Regierungschefs müssen die länderspezifischen Empfehlungen billigen, die dann in die nationalen Wirtschafts- und Haushaltspolitiken einfließen.

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/file_import/2019-european-semester-country-specific-recommendation-commission-recommendation-germany_de.pdf

http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-19-2815_de.htm

<https://ec.europa.eu/newsroom/sante/newsletter-specific-archive-issue.cfm> (Empfehlungen Gesundheit)

1.2 Grundrechte

Die Europäische Kommission hat am 5. Juni 2019 ihren Jahresbericht über die Anwendung der EU-Grundrechtecharta veröffentlicht. Zehn Jahre nach Inkrafttreten ist die Bilanz gemischt. Die Charta habe ihr Potenzial nicht voll entfaltet. Dies könne sie nur, wenn die Bürgerinnen und Bürger ihre Rechte (z.B. Berufsfreiheit, Nichtdiskriminierung, Gleichstellung, würdiges und unabhängiges Leben und Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben im Alter, Integration von Menschen mit Behinderung) kennen und wissen, an wen sie sich wenden können, wenn ihre Rechte verletzt werden. Ein interaktives Online-Tool hilft die zuständige nationale Behörde zu finden. Die Verweise des Gerichtshofs der EU auf die Charta haben stark zugenommen – in 356 Fällen im Jahr 2018. Auch die nationalen Gerichte verweisen in ihren Urteilen auf die Charta und ersuchen den Europäischen Gerichtshof immer öfter um deren Auslegung.

https://www.europarl.europa.eu/charter/pdf/text_de.pdf

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/2018_annual_report_charter_de.pdf

https://beta.e-justice.europa.eu/459/DE/fundamental_rights_interactive_tool



1.3 Grundeinkommen

Der Gewerkschaftsverband Public Services International (PSI) hat mit der New Economics Foundation 14 weltweit erstellte Studien zu universellem Grundeinkommen untersucht. Seine Bewertung fällt dahingehend skeptisch aus, dass ein universelles Grundeinkommen die optimale Antwort auf Probleme wie Ungleichheit, Vermögensverteilung, prekäre Arbeit und Digitalisierung darstellt.

Zwar würde ein Grundeinkommen das Leben von in prekären Verhältnissen Lebenden verbessern und der PSI ist der Meinung, dass die Sozialsysteme einer Überholung bedürfen, aber die Finanzierung guter, universeller, hochqualitativer öffentlicher Dienstleistungen sieht es als eine bessere Alternative gegenüber einem Grundeinkommen.

http://www.world-psi.org/sites/default/files/documents/research/en_ubi_full_report_2019.pdf
<https://www.socialeurope.eu/universal-basic-income>

1.3 Mindesteinkommen

Das Europäische Netzwerk gegen Armut (EAPN) setzt sich seit 5 Jahren in Europa für ein angemessenes Mindesteinkommen ein und arbeitet im Europäischen Mindesteinkommen-Netzwerk (EMIN) mit, das u.a. eine Busreise durch Europa und Konferenzen in allen Mitgliedstaaten organisiert hat. Die i. R. des Netzwerks initiierte Petition für garantierte Mindesteinkommensregelungen in Europa mit Abertausenden Unterschriften überreichte eine Delegation des EAPN am 16. April 2019 Kommissarin Marianne Thyssen und der Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments Mairead McGuinness.

<https://eminbus.eu/>

1.4 Demografie-Szenarien

Die Gemeinsame Forschungsstelle und das Internationale Institut für Angewandte Systemanalyse haben am 4. Juni 2019 einen gemeinsamen Bericht über die künftige Demografieentwicklung in der EU veröffentlicht. Unter Berücksichtigung von Faktoren wie Migration, Bildungsniveau und Erwerbsbeteiligung beleuchtet der Bericht eine Reihe von Szenarien, aus denen hervorgeht, wie diese Faktoren die zukünftige Bevölkerung und den Arbeitsmarkt der EU beeinflussen können.

Die durchschnittliche Lebenserwartung bei der Geburt in der EU liegt heute bei 81 Jahren - 9 Jahre mehr als im weltweiten Durchschnitt - und es wird erwartet, dass sie alle 10 Jahre um 2 Jahre zunimmt. Dieser Trend bedeutet auch, dass bis 2060 mehr als 30% der EU-Bevölkerung über 65 Jahre alt sein werden, verglichen mit 19% heute.

Die Arbeitskräfte werden weniger, aber sie werden besser ausgebildet sein. Weil es weniger Arbeitskräfte geben wird, müssen pro Kopf künftig mehr abhängige Personen unterstützt werden, was die Sozialsysteme der EU stärker unter Druck setzt. Der Bericht analysiert mögliche Szenarien zur Verbesserung des Abhängigkeitsquotien-



ten und damit der Nachhaltigkeit der EU-Wohlfahrtsstaaten. Eine zentrale Schlussfolgerung des Berichts lautet, dass die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung angestrebt werden muss, da weder mehr Einwanderung noch eine höhere Geburtenrate ausreichen würden, um die künftigen Herausforderungen zu bewältigen. Einwanderung sei zwar ein einflussreicher Faktor für die demografische Entwicklung, aber sie könne die Alterung nicht wesentlich verlangsamen und das Abhängigkeitsverhältnis nur bedingt verbessern.

Eine weitere wichtige Schlussfolgerung ist, dass die Konvergenzbemühungen fortgesetzt werden müssen, um die Auswanderung aus den östlichen und südlichen EU-Ländern zu verlangsamen und die Rückkehr zu erleichtern.

<https://ec.europa.eu/jrc/en/publication/eur-scientific-and-technical-research-reports/demographic-scenarios-eu>

1.5 Drogenbericht

Die Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EMCDDA) hat am 6. Juni 2019 ihren Europäischen Drogenbericht 2019 (auch in deutscher Sprache) veröffentlicht.

In ihm werden die Herausforderungen im Zusammenhang mit Heroin und neuen synthetischen Opioiden, die neuesten Entwicklungen auf dem Cannabis-Markt, die wachsende Rolle Europas bei der Herstellung synthetischer Drogen und der Einsatz digitaler Technologien zum Nutzen der Gesundheit im Bereich Drogen betrachtet. Rund 96 Mio. Erwachsene in der EU haben in ihrem Leben illegale Drogen ausprobiert und 12,2 Mio. Menschen sind jedes Jahr infolge ihres Konsums in Behandlung. Einer der im diesjährigen Bericht betonten Haupttrends ist der Anstieg der Verfügbarkeit und der Sicherstellungen von Kokain in Rekordhöhe. Heroin ist hingegen weiterhin das häufigste illegale Opioid auf dem Markt und trägt maßgeblich zu den Gesundheits- und Sozialkosten bei.

http://www.emcdda.europa.eu/system/files/publications/11364/20191724_TDAT1900_1DEN_PDF.pdf

http://www.emcdda.europa.eu/system/files/attachments/11360/HighlightsEDR2019_DE_Final_web.pdf (Pm)

1.6 Dienstleistungsrichtlinie (VVV)

Die Europäische Kommission hat am 6. Juni 2019 Vertragsverletzungsverfahren wegen Nichtumsetzung der Dienstleistungsrichtlinie gegen alle EU-Staaten eröffnet und diese aufgefordert, ihre „einheitlichen Ansprechpartner“ zu verbessern und nutzerfreundliche Anlaufstellen für Dienstleister und Angehörige reglementierter Berufe einzurichten. Zur Beantwortung der Aufforderungsschreiben – in denen die zu behebenden Mängel in Bezug auf die praktische Umsetzung der Anforderungen an die einheitlichen Ansprechpartner gemäß der Dienstleistungsrichtlinie und der Richtlinie über die Anerkennung von Berufsqualifikationen gelistet sind - bleiben zwei Monate. Die Mängel betreffen die Verfügbarkeit und die Qualität von Online-Informationen über die Anforderungen und Verfahren für Dienstleister und Angehörige reglementierter Berufe, den Zugang zu Online-Verfahren und den Abschluss dieser Verfahren



über die einheitlichen Ansprechpartner, beispielsweise von grenzüberschreitenden Nutzern.

https://ec.europa.eu/germany/news/20190606vertragsverletzungsverfahren-aktuelle-entscheidungen-zu-deutschland_de

1.7 Keine Entschädigung für Ex-Gesundheitskommissar

Der ehemalige EU-Gesundheitskommissar John Dalli ist endgültig vor dem Gericht der EU (EuG) mit seiner Schadensersatzklage gegen die EU gescheitert. Der Malteser war 2012 nach Vorwürfen zu großer Nähe zur Tabakindustrie aus der Europäischen Kommission ausgeschieden. Er selbst sah sich als Intrigen-Opfer der Tabakindustrie, die ihn habe ausschalten wollen.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2019-06/cp190070de.pdf>
<https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/eug-t399-17-john-dalli-kein-schadensersatz-ausscheiden-amt/>

2 Zukunft Europas – Europäisches Parlament

2.1 Zusammenarbeit

Die Vorsitzenden der konservativen, sozialdemokratischen, liberalen und grünen Fraktionen (EVP, S&D, ALDE und Grüne/EFA) im Europäischen Parlament haben sich geeinigt, ein gemeinsames Ziel für die nächste Legislaturperiode zu definieren und bis zum nächsten Europäischen Rat am 20. Juni zu erarbeiten. Auf dieses Ziel müsse sich der künftige Präsident der Europäischen Kommission verpflichten, um sich auf eine breite und stabile Mehrheit im EP stützen zu können.

2.2 Fraktionen

Während der CSU-MdEP und Spitzenkandidat der konservativen Parteienfamilie für den Kommissionspräsidentenposten bereits am 5. Juni 2019 (einstimmig) als EVP-Fraktionsvorsitzender wiedergewählt wurde, gibt es in der S&D Fraktion einen Wettbewerb. Der bisherige Vorsitzende Udo Bulmann stellt sich zur Wiederwahl, aber die Spanierin Iratxe García hat ebenfalls ihre Kandidatur angemeldet. Angesichts des Erfolges der Sozialisten in Spanien und der Verluste der SPD kann sie sich Chancen ausrechnen. Die Wahl findet am 18. Juni statt.

3 Arbeit

3.1 Jugendarbeitslosigkeit

Die Europäische Kommission hat am 24. Mai 2019 eine öffentliche Online-Konsultation zur Bewertung der Förderung der Jugendbeschäftigung durch die Jugendbeschäftigungsinitiative und den Europäischen Sozialfonds (ESF) eingeleitet.



Mithilfe der eingebrachten Beiträge soll die Bewertung untermauert werden, was im Zeitraum 2014-2018 erreicht wurde und Folgen für die wirksamere und zielgerichtete Ausrichtung zukünftiger Maßnahmen abgeleitet werden.

Die Beteiligung steht jedem offen, aber von der Kommission erhofft werden v.a. Rückmeldungen von jungen Menschen, insbesondere von denjenigen, die keine Schule besuchen, keiner Arbeit nachgehen und sich nicht in beruflicher Ausbildung befinden - unabhängig davon, ob sie Unterstützung i.R. des ESF oder der Beschäftigungsinitiative erhalten oder erhalten haben sowie von Organisationen, die entweder an der Verwaltung der operationellen Programme des ESF und der Beschäftigungsinitiative bzw. die als Begünstigte oder Projektpartner an der Durchführung von Maßnahmen beteiligt sind sowie von Interessenvertretungen. Die Fragebögen können in Deutsch ausgefüllt werden. Aus Gründen der Transparenz werden Organisationen und Unternehmen, die an öffentlichen Konsultationen teilnehmen, gebeten sich im Transparenzregister der EU registrieren zu lassen.

Interessenten können sich bis 16. August 2019 beteiligen.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/initiatives/ares-2018-3876690/public-consultation_de

3.2 Europäischer Globalisierungsfonds

Die Europäische Kommission holt zwischen 27. Mai und 24. Juni 2019 Meinungen zum Fahrplan zur Evaluierung des Europäischen Globalisierungsfonds 2014-2020 (EGF) ein. In Deutschland wurde der EGF seit seiner Schaffung in 2007 zehnmal – aber nicht in Rheinland-Pfalz - eingesetzt, um infolge der Globalisierung entlassene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu unterstützen.

In der Evaluierung soll die Zielerreichung bewertet und Erkenntnisse für die künftige Umsetzung und die Konzeption neuer Programme in den Bereichen Beschäftigung und Soziales gewonnen sowie die Wirksamkeit, Effizienz, Relevanz, der Mehrwert und die Komplementarität des Fonds mit anderen Initiativen geprüft werden. Geplant sind im zweiten Quartal 2020 eine öffentliche Konsultation und die Annahme der Evaluierung durch die Kommission für das vierte Quartal 2021.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/initiatives/ares-2019-2673406_de
<https://www.bmas.de/DE/Themen/Soziales-Europa-und-Internationales/Europaeische-Fonds/EGF/egf.html>

4 Gesundheit

4.1 Grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung

Der Europäische Rechnungshof hat am 4. Juni 2019 einen Sonderbericht zu EU-Maßnahmen für die grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung veröffentlicht. Er untersuchte, ob die Kommission die Umsetzung der Richtlinie über die grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung von 2011 in den Mitgliedstaaten gut überwacht und den für die Information von Patienten über ihr Recht auf grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung zuständigen nationalen Kontaktstellen Orientierungshilfen bereitgestellt hat. Außerdem untersuchte er, ob die beim grenzüberschreitenden Aus-



tausch von Patientendaten erzielten Ergebnisse den Erwartungen entsprachen und Vorteile für Patienten erkennen ließen sowie den Aufbau Europäischer Referenznetzwerke für seltene Krankheiten, die dem Wissensaustausch und virtuellen Konsultationen über Diagnose und Behandlung zwischen Gesundheitsdienstleistern in ganz Europa dienen sollen.

Der Hof kam zu dem Schluss, dass die EU-Maßnahmen zwar die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten fördern, Patienten davon jedoch nur in begrenztem Umfang profitieren. Er stellte zudem fest, dass bei der Bereitstellung von Informationen zwar Fortschritte erzielt wurden, diese jedoch nach wie vor schwer zugänglich sind. Der Hof ermittelte Schwächen in der strategischen Planung und beim Projektmanagement der Kommission. Seine Empfehlungen betreffen primär die Unterstützung der Kommission für nationale Kontaktstellen, die Einführung des grenzüberschreitenden Austauschs von Gesundheitsdaten sowie die Maßnahmen der EU auf dem Gebiet der seltenen Krankheiten.

https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/SR19_07/SR_HEALTH_CARE_DE.pdf

4.2 Nichtübertragbare Krankheiten

Die Europäischen Allianzen Chronische Krankheiten (ECDA), Öffentliche Gesundheit (EPHA) und Nichtübertragbare Krankheiten haben gemeinsam einen europäischen Strategierahmen zur Prävention nichtübertragbarer Krankheiten bis 2030 gefordert. In ihrem Positionspapier schlagen die Organisationen bereits ganz konkret Grundsätze, Prioritäten und Maßnahmen für einen solchen Rahmen und einen Fahrplan vor.

<https://epha.org/joint-paper-i-towards-an-eu-strategic-framework-for-the-prevention-of-ncds/>

5 Lexikon – Das Europäische Semester

Das sog. Europäische Semester wurde 2010 als eine Reaktion auf die große Wirtschafts-, Finanz- und Staatsschuldenkrise eingeführt. Die EU gab sich neue Strukturen für eine frühzeitige haushalts- und wirtschaftspolitische Überwachung, die seitdem stetig – insbesondere um soziale Kriterien - ausgebaut wurden. Innerhalb eines Jahreszyklus wird seitdem nach einem festen Zeitplan die Politik der Mitgliedsstaaten nach klaren Regeln koordiniert, die EU-Partner können Stellung zu den Planungen der anderen nehmen und es gibt Follow-ups. Die Kommission kann politische Leitlinien vorlegen, bevor auf nationaler Ebene Entscheidungen fallen. Sie beobachtet außerdem, ob die Mitgliedsstaaten auf die langfristigen Ziele (der „Europa 2020“ Strategie), z.B. für Beschäftigung und Armutsminderung, hinarbeiten. Die Kommission nutzt den Semester-Prozess, um den sich inzwischen die Abläufe in den Generaldirektionen herumranken, um in Fachgebiete, in den sie eigentlich keine Zuständigkeiten hat, ein gewaltiges Wörtchen mitzureden.

Der Zyklus beginnt jeweils im November mit der Vorlage des Jahreswachstumsberichts und des Warnmechanismus-Berichts durch die Kommission, in der sie die allgemeinen wirtschaftlichen Prioritäten der EU für das kommende Jahr vorschlägt. In



Nachrichten aus Europa

3. bis 7. Juni 2019



Rheinland-Pfalz

MINISTERIUM FÜR SOZIALES,
ARBEIT, GESUNDHEIT
UND DEMOGRAPHIE

ihrem Warnmechanismus-Bericht prüft sie evtl. Ungleichgewichte und kündigt an, welche vertieften Prüfungen (In-depth reviews) sie plant. Die Kommission veröffentlicht außerdem ihre Stellungnahmen zu den Haushaltsübersichten für die Euro-Staaten und den Wirtschaftspartnerschaftsprogrammen für Defizitstaaten. Im Dezember nehmen die Euro-Staaten dann ihre endgültigen Haushaltspläne unter Berücksichtigung der Ratschläge der Kommission und der Stellungnahmen der Finanzminister an.

Im Februar/März erörtern das Europäische Parlament und die Ministerräte für Beschäftigung, Wirtschaft und Finanzen sowie Wettbewerbsfähigkeit den Jahreswachstumsbericht. Darauf aufbauend legen die Staats- und Regierungschefs die wirtschaftspolitischen Prioritäten der EU fest. Die Kommission legt in diesem Zeitraum auch ihren Bericht über die durchgeführten vertieften Prüfungen vor.

Im April legen die Mitgliedsstaaten ihre Stabilitäts-/Konvergenzprogramme (mittelfristige Haushaltspläne) sowie ihre nationalen Reformprogramme vor, die mit allen länderspezifische Empfehlungen (LSE) der Vorjahre im Einklang stehen sollen. Anhand verifizierter Daten zum öffentlichen Defizit und Schuldenstand wird zudem festgestellt, ob die Mitgliedsstaaten ihre haushaltspolitischen Ziele einhalten.

Nach einem längeren Diskussionsprozess auf mehreren politischen und gesellschaftlichen Ebenen werden im Mai von der Kommission sog. länderspezifische Empfehlungen ausgesprochen - maßgeschneiderte häufig langfristig umzusetzende Ratschläge zu tiefgreifenderen Strukturreformen (s. 1.1). Diese werden nach der Erörterung in den entsprechenden Fachräten von den Staats- und Regierungschefs gebilligt und formell von den Finanzministern im Juli angenommen.

Bis spätestens Mitte Oktober legen die Euro-Staaten dann ihre Haushaltsübersichten für das Folgejahr vor.

https://ec.europa.eu/info/business-economy-euro/economic-and-fiscal-policy-coordination/eu-economic-governance-monitoring-prevention-correction/european-semester_de

6 Links

Statistisches Amt der EU: BIP im Euroraum um 0,4% und Erwerbstätigkeit um 0,3% gestiegen

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/9826898/2-06062019-AP-DE.pdf/8f5b1fac-b3ee-4862-8c2a-e52bebd279b8>

Europäisches Gewerkschaftsinstitut: Was hat die EU-Grundrechtecharta für Arbeitnehmer gebracht? (en)

<https://www.etui.org/Publications2/Policy-Briefs/European-Economic-Employment-and-Social-Policy/What-has-the-Charter-of-Fundamental-Rights-of-the-European-Union-delivered-for-workers>



Nachrichten aus Europa

3. bis 7. Juni 2019



Rheinland-Pfalz

MINISTERIUM FÜR SOZIALES,
ARBEIT, GESUNDHEIT
UND DEMOGRAPHIE

Statistisches Amt der EU: April 2019 - Arbeitslosenquote im Euroraum bei 7,6%/In der EU28 bei 6,4%

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/9827545/3-04062019-BP-DE.pdf/a7eedb0e-bf86-4bab-a635-454c05141682>

Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz: Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit und die Zukunft der Arbeit - Nutzen und Risiken von KI-Instrumenten am Arbeitsplatz (en)

<https://osha.europa.eu/de/tools-and-publications/publications/osh-and-future-work-benefits-and-risks-artificial-intelligence/view>

Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz: Die künftige Rolle von Big Data und maschinellem Lernen im Hinblick auf die Wirksamkeit von Aufsichtstätigkeiten für Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz (en)

<https://osha.europa.eu/de/tools-and-publications/publications/future-role-big-data-and-machine-learning-health-and-safety/view>

Ständiger Ausschuss der Ärzte: Newsletter Juni 2019 (AI, Brexit, Defensivmedizin) (en)

<http://doc.cpme.eu:591/adopted/2019/Info.2019-075.Newsletter.June.2019.pdf>

Anreize für pharmazeutische Innovation ist Aufgabe nächster Kommission In: Euractiv vom 5. Juni 2019 (en)

<https://www.euractiv.com/section/health-consumers/news/pharma-incentives-reform-is-for-the-next-commission-eu-official-says/>

Statistisches Amt der EU: Energiepreise für Haushalte in der EU gegenüber 2017 gestiegen - +3,5% für Strom und +5,7% für Gas

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/9802437/8-21052019-AP-DE.pdf/e9cfc6b0-a280-4942-89d0-98811db8fb4e>

Europäisches Netzwerk für Menschen unter den Bedingungen von extremer Armut und mit schweren psychischen Gesundheitsproblemen: Praktische Ansätze zum Arbeiten mit Obdachlosen mit psychischen Problemen (en)

http://www.smes-europa.org/Erasmus+ Dignity-&-Well-Being_en.pdf

Europäische Allianz Öffentliche Gesundheit: Tabakerhitzer – kein Rauch ohne Feuer? (en)

<https://epha.org/wp-content/uploads/2019/05/no-smoke-without-fire-european-respiratory-society.pdf>